

Telegraphische Nachricht.

Paris, 25. März. Der heutige „Moniteur“ meldet, der preussische und der russische Botschafter hätten die Mitteilung gemacht, daß nach genauen Erkundigungen die Nachricht von dem Durchzuge einer russischen Colonne durch preussisches Gebiet falsch sei.

Preußen.

Berlin, 25. März. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem General-Lieutenant Hering, Direktor des Militär-Defonomie-Departements im Kriegsministerium, den königl. Kronen-Orden erster Klasse, dem kaiserl. russ. Oberst-Lieutenant v. Erdberg im Ingenieur-Corps und dem kaiserl. russ. Oberst-Lieutenant Dr. Hesse zu Salskfeld, den königl. Kronen-Orden dritter Klasse, dem Secunde-Lieutenant im 2. Landwehr-Regiment, Grafen von Hardenberg auf Verhoh im Kreise Solbin, dem Kreisgerichtsrath Frege zu Lübbau, dem Steuer-Empfänger, Rechnungsrath Thierry zu Münster und dem Kreis-Bundarzt Knopp zu Wriezen, im Kreise Ober-Barnim, den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem bisherigen zweiten Legations-Sekretär bei der kaiserl. italienischen Gesandtschaft zu Berlin, Baron Ferdinand Perrone di San Martino, und dem Militär-Effizienten-Salomon Speyer zu Berlin, den königl. Kronen-Orden vierter Klasse, dem Correcor und Organisten Schwante zu Dirschau, im Kreise Br.-Stargard, dem Thor-Controleur Meffert zu Schwedt, dem Förster Brinkmann zu Forsthaus Kaulau im Kreise Meeseritz, dem Kirchenvorsteher Kufnig im Kreise Ohlau und dem Kammerdiener Herr zu Glogau das allgemeine Ehrenzeichen, den Unteroffizier-Krügen vom 1. Brandenburgischen Ulanen-Regiment (Kaiser von Rußland) Nr. 3, und Schidlad, früher im 1. Westfälischen Fußaren-Regiment Nr. 8, so wie dem Handlungsgehilfen Jakob Bry zu Bromberg die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; den Major und Commandeur des Ostpreuss. Jäger-Bataillons Nr. 1 Carl August Scheffler in den Adelsstand zu erheben; die Appellationsgerichts-Räthe Boswindel aus Hamm und Lehmann aus Frankfurt zu Ober-Kriminal-Räthen zu ernennen; den Appellations-Gerichts-Rath Brodman zu Frankfurt in gleicher Eigenschaft an das Appellations-Gericht in Halberstadt zu versetzen, und den Staatsanwalt Knebel in Posen zum Rath bei dem Appellationsgericht in Kattow, den Stadt- und Kreisgerichts-Rath Pfeiffer in Magdeburg zum Rath bei dem Appellationsgericht daselbst, den Kreisgerichts-Rath Ulrich in Frankfurt zum Rath bei dem Appellationsgericht daselbst, den Director der Gerichts-Deputation in Sigmaringen, Kreisgerichts-Rath Freusberg, zum Appellationsgerichts-Rath bei dem Justiz-Senat in Ehrenbreitstein, den Staatsanwalt Delius in Heiligenstadt zum Rath bei dem Appellationsgericht in Hamm, den Kreisgerichts-Rath Doeber in Verleberg zum Rath bei dem Appellationsgericht in Frankfurt, den Staatsanwalt Hering in Münster zum Rath bei dem Appellationsgericht daselbst, den Staatsanwalt von Grolmann in Cottbus zum Rath bei dem Appellationsgericht in Magdeburg, den Staatsanwalt Dr. Küßner in Bromberg zum Rath bei dem ostpreussischen Tribunal in Königsberg, den Kreisgerichts-Rath Krüger in Neu-Muppin zum Rath bei dem Appellationsgericht in Breslau, den Kreisgerichts-Director Scholz in Grätz zum Rath bei dem Appellationsgericht in Posen, den Kreisgerichts-Rath Kühne aus Gerswald zum Rath bei dem Appellationsgericht in Magdeburg, den Kreisrichter, Grafen von v. Rittberg in Frankfurt zum Rath bei dem Appellationsgericht daselbst, ferner den bisherigen Landrath Carl Philipp Kühne zu Mogilno zum Regierungs-Rath zu ernennen, und dem Handelsgerichts-Sekretär Kreiß in Gledbach den Charakter als Kanklei-Rath zu verleihen; so wie den Geheimen Justiz- und Appellationsgerichts-Rath a. D. Eduard Heine zu Halberstadt, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl gemäß, als Beigeordneten der Stadt Halberstadt für eine Amtsdauer von sechs Jahren zu bestätigen.

Der königl. Eisenbahn-Bau-Inspektor Ernann worden. Der Lehrer Dr. Karl List ist zum Provinzial-Gewerbeschullehrer ernannt und an der Provinzial-Gewerbeschule zu Hagen angestellt worden.

Der bisherige Kreisrichter Kette in Sagan ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Sagan und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Glogau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Sagan, ernannt worden.

Berlin, 25. März. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Geheimen Regierungs-Rath v. Rix zu Berlin zur Verleihung des von des Königes von Sachsen Majestät ihm verliehenen Komthurekreuzes zweiter Klasse des Albrechts-Ordens, dem Bürgermeister Nothher zu Myslowitz im Kreise Neuthein, zur Verleihung des von des Kaisers von Rußland Majestät ihm verliehenen St. Stanislaus-Ordens dritter Klasse und dem Theater-Director, Kommissions-Rath Wallner zu Berlin, zur Verleihung des von des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha Majestät ihm verliehenen Verdienstkreuzes des herzoglich sachsen-erbsächsischen Hausordens, die Erlaubnis zu ertheilen.

K. C. Berlin, 24. März. [Der Abg. Baron v. Baer] ist durch die Gegenseitigkeit des Kriegsministeriums zu einer Erwiderung veranlaßt worden, die der Vollständigkeit wegen ebenfalls mitgeteilt werden muß; die in dieser Erwiderung gebrauchte Bezeichnung „Zusammenstellung“ bedeutet die ursprüngliche Baer'sche Schrift, mit der Bezeichnung „Aufsatz“ ist die Gegenseitigkeit des Kriegsministeriums gemeint. Die Erwiderung lautet: „Die Zusammenstellung“ hat einen vom 17. d. M. datirten „Aufsatz“ veranlaßt, welcher am 18. huj. den Mitgliedern der XIII. Commission übergeben wurde.

Daß die Angaben in der „Zusammenstellung“ nicht mit den in dem „Aufsatz“ enthaltenen übereinstimmen können, erklärt sich von selbst dadurch, daß beide Angaben von verschiedenen Grundlagen und Grundzahlen ausgehen. Die Reorganisation, wie dieselbe in dem „Aufsatz“ dargestellt wird, entbehrt bis zur Annahme der Novelle der gesetzlichen Grundlage. Die „Zusammenstellung“ will — ausgehend von der zweijährigen Dienstzeit der Infanterie — darthun, daß mit derselben ein kriegstüchtiges Heer geschaffen werden kann, mit kürzerer und somit erleichterter Dienstpflicht und mit geringeren Kosten. Der Geist und Sinn des Gesetzes vom 3. Septbr. 1814 legt den Schwerpunkt und die Vertheilung der Nation in das stehende Heer und in die Landwehr, während nach dem Plan des „Aufsatzes“ diese Schwerlast in der stehenden Armee wohl allein beruhen soll, eine Annahme, welche nach den realen und finanziellen Verhältnissen des Staates nicht geboten und durchführbar erscheint. Endlich hat die „Zusammenstellung“ behauptet, daß die Reorganisation mit der dreijährigen Dienstzeit nicht vereinbar sei.

Der „Aufsatz“, übereinstimmend mit den früheren Verhandlungen, nimmt als Princip die dreijährige Dienstzeit an. Wenn unter A. dieses Aufsatzes jährlich 180 Mann per Bataillon zur Reserve entlassen werden, so geschieht das mit Umgehung dieses Princip der dreijährigen Dienstzeit, denn $3 \times 180 = 540 + 68$ prima plana giebt eine Bataillonsstärke von 608 Mann — während die Stats — nebenbei gesagt die einzige Quelle, woraus der Abgeordnete die Angabe schöpfen kann — 534 Mann aufweist. Rechnet man von diesen 68 p. a. ab, so erhält man 466 Gemeine, was eine Entlassung, bei durchgeführter dreijähriger Dienstzeit von 155 Mann ergibt, wie die „Zusammenstellung“ darthut. Die angenommene Entlassung von 180 Mann per Bataillon beweist also nichts anderes, als was in der „Zusammenstellung“ ausgesprochen wird, nämlich: daß nach jenem Plane das Princip der dreijährigen Dienstzeit nicht durchgeführt werden kann.

Ob die Ausbildung der Rekruten vom 1. October bis 1. Januar zu bewirken ist, soll nicht erörtert werden, eine Schießübung aber dürften sie keinesfalls gemacht haben, ist aber, wie der „Aufsatz“ annimmt, die Ausbildung in dieser Zeit möglich, so spricht diese Thatsache ebenfalls nur für die verkürzte Dienstzeit, welche die Grundlage der „Zusammenstellung“ bildet. Die Befreiung der Schwierigkeiten, welche ein Winterfeldzug, vor Ausbildung der Rekruten mit sich bringen würde — daß ein solcher möglich, mag die Mobilmachung von 1850, welche im November statt hatte, darthun — kann nur durch die Entnahme von Mannschaften aus den jüngeren Jahrgängen der Landwehr geschehen, oder es wird mit geringerer, als in der preussischen Armee üblichen Kriegsstärke ausmarschirt. Die in dem „Aufsatz“ aufgeführten 8000 Jäger sind nach dem Mobilmachungsplan vorhanden und entnommen. Da aber dieser Plan zur allgemeinen Kenntniß nicht gelangt, so dürfte diese Zahl wie im „Aufsatz“ so ebenfalls den Ziffern in der „Zusammenstellung“ beigerechnet werden müssen; während die 83,000 Mann Ersatztruppen jedenfalls von der ausrückenden Feldarmee abgezogen sind, da sie überhaupt doch nur den Zweck haben, die Verluste der im Kampf begriffenen Armee, durch Nachsendung zu ersetzen, deshalb ist diese Truppe unter die ausrückende Feldarmee nicht zu zählen, wenn nicht etwa mit derselben ein noch unbefannter Zweck verfolgt werden soll. In der „Zusammenstellung“ ist folglich die Zahl von 83,000 Mann Ersatztruppen nicht in die ausrückende Stärke aufgenommen, sondern nur dargelegt, wie sich diese Truppe zusammenstellt. Gewiß müßte dieselbe eben so, wie in dem „Aufsatz“ aufgenommen werden, da sie eben nur aus Stamm-Mannschaften und Rekruten bestehen kann.

Der Train ist nach dem Friedens-Stat berechnet, aber zugleich darauf hingewiesen, daß derselbe seine Kriegs-Augmentation aus den überziehenden Rekruten der Kavallerie zu entnehmen habe, ein Hinweis, welcher officiell gegeben worden; die ganze Stärke desselben wird ebenfalls nur aus dem Mobilmachungsplan zu ersehen sein.

Ueber die in dem „Aufsatz“ gebrauchten Zahlen von 180 Mann per Bataillon ist natürlich nicht zu rechten; wie gezeigt, geschieht das, weil das Princip der dreijährigen Dienstzeit ohne diese erhöhte Zahl der jährlich zu entlassenden nicht durchgeführt werden kann. Diese mit dem genannten Princip nicht vereinbarenden Ziffern führen natürlich zu solchen Größeverhältnissen, wie sie annähernd in der „Zusammenstellung“ gefunden werden, als das Product zweijähriger Dienstzeit. Diese ist hier consequent rein durchgeführt und giebt die daselbst dargelegten Resultate, welche auch überall an den Ansätzen festgehalten wird, bis auf die des zweiten Aufgebots der Landwehr, bei denen es also heißen muß: $155 \times 5 \times 2 = 1550$, ab 35% Ausfall, also — 543, bleiben 1007 per Bataillon, so daß diese 116 Bataillone eine Totalstärke von 116,812 Mann erhalten.

Bei reiner Durchführung des Princip der dreijährigen Dienstzeit können keine andern, als die oben angegebenen Zahlen (155) als jährlich zur Reserve zu Entlassenden angenommen werden; daß dies in dem „Aufsatz“ nicht geschieht, dürfte beweisen, daß überhaupt die Einführung einer zweijährigen Dienstzeit bei der Infanterie nur noch eine Fiktion ist.

Die „Zusammenstellung“ hat dem Vorhandenen volle Gerechtigkeit gewährt, denn sie hat sich überall an das Gegebene angeschlossen; sie hat kein Phantasiebild aufgestellt, sondern ein wahres und praktisches, wie es in den großen preussischen Volks-Nahmen der glorreichen Vergangenheit sich hinein-fügt. Dieselbe hat, die Machtstellung des Vaterlandes im Auge habend, die Stärke der stehenden Armee von 136 Bataillonen auf 172, mit entsprechender Vermehrung der Specialwaffen, die der Landwehr von 116 auf 162 Bataillone in jedem Aufgebote erhöht und statt einer Rekruten-Aushebung von p. p. 43,000 Mann eine solche von p. p. 60,000 Mann jährlich in Rechnung gezogen.

Der Vornahme — oder wie es sonst genannt werden mag — welchen der „Aufsatz“ gegen die „Zusammenstellung“ erhebt, ist wohl kaum begründet; dieselbe beanprucht zweijährige Dienstzeit, durch welche vollstündig das Land gesichert wird, ebenso die Finanzen — durch welche aber das Heer ganz gewiß nicht in seiner Kraft und stehenden Schlagfertigkeit gefährdet sein dürfte.

K. C. [In der heutigen Sitzung der Militärcomm.] war abermals kein Minister anwesend; auch war nur das Kriegs- und Marine-Ministerium, nicht die des Innern und der Finanzen durch Commissarien vertreten. Die Diskussion bewegte sich meist in Details, welche ohne genaue Wiedergabe der betreffenden Ziffern des nöthigen Inhalts und Interesses entbehren. Als bemerkenswerth für den weiteren Gang der Frage ist hervorzuheben, daß Abg. Gneist, der übrigens für einfache Annahme der Fortenbed'schen Amend. ohne das Birchow'sche Amend. sich aussprach, die Erklärung abgab, bei fortgesetzter negativer, ablehnender Haltung der Regierung würde im Hause auf die einfache Ablehnung der Reg.-Vorlage, etwa in der Weise der Waldeck'schen Resolution, zurückzugehen sein. Der Reg.-Comm. Oberst v. Bode entgegnete darauf: die Regierung habe ja ihre positive Vorlage gemacht und ausführlich motivirt; an dieser Vorlage halte sie fest; sie könne also überreicht ebenso gut von einer ablehnenden, negativen Haltung der Comm. sprechen. Abg. v. Vinde stellte das Amend., statt 5jähriger Dienstzeit 7jährige zu setzen (b. h. also, die Reservezeit um 2 resp. 3 Jahre zu verlängern) und die Einberufung der Rekruten außer im Fall eines entstehenden Krieges auch bei Mobilmachungen zu gestatten. Abg. Rohden erklärte sich für die Fortenbed'schen Amendements, aber gegen Birchow und gegen das Institut der Landwehr-Rekruten. In Bezug auf die verkürzte Dienstzeit sind also sämmtliche Fractionen des Hauses bis auf die Conservativen einig. Die Debatte wurde vertagt. Nächste Sitzung morgen.

[Gr. v. Vinde und seine Fraction.] Die „Berl. A. Z.“ schreibt: Die „Magd. Ztg.“ berichtet, daß Frhr. Georg v. Vinde aus der Fraction ausgetreten ist. Da es einmal veröffentlicht worden, bestätigen wir diese Nachricht, indem wir hinzufügen, daß es bereits vor der Debatte über die russische Convention geschehen ist. Wir haben bereits im Früheren die Gründe auseinandergesetzt, die es uns in der That wünschenswerth erscheinen lassen, daß für jetzt die Führung der Partei anderen Händen anvertraut wird; wie wir denn überhaupt die gegenwärtige Gruppierung der Fractionen für ein Werk des Zufalls halten. (Die „Kreuztg.“ würde sagen: „Für ein Werk des Teufels“; das kommt übrigens auf Eins hinaus. Wer die Ereignisse einigermaßen mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird in der gegenwärtigen Gruppierung der Fractionen einfach nichts weiter als eine historische Nothwendigkeit finden. D. Red. d. Berl. Z.)

[Offizielle Berichtigung.] Der „Staatsanz.“ schreibt: Nach den Ausführungen der „Opinion nationale“, welche auch von der „In-dependance belge“ mitgeteilt werden, wäre Langewicz am 17. und 18. März Sieger gewesen, er sei aber am 19. unerwartet von einer russischen Truppenabtheilung angegriffen worden, welche seit den ersten Tagen des März nordwestlich durch preussisches Gebiet nach Duppeln transportirt, von hier aus aber über Genshofen nach Pilsa dirigirt worden wäre und ihn von dem Rest seiner Streitkräfte abgeschnitten hätte. Wir führen diese Darstellung nur an, um die Erklärung daran zu knüpfen, daß die eben erwähnten russischen Truppenmärsche durch preussisches Gebiet, wie die früheren ähnlichen Angaben der „Opinion nationale“, in das Reich der Erfindungen gehören. Eben so verhält es sich mit den angeblich aus Posen herrührenden Nachrichten der „Patrie“, nach welchen russische Detachements die russischen Staffetten im Großherzogthum Posen eskortiren sollen. Dieselben erdichteten Nachrichten werden auch vom „Temp“ verbreitet.

[Heil Dir im Siegerkranz.] Die „R. Z.“ schreibt: Wenn wir bemerken, daß in Münster am 17. März im „Heil Dir im Siegerkranz“ der schönste und bedeutsamste Vers des National-Liedes: „Nicht Noß, nicht Reißige“ u. s. w. ausgefallen sei, so werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß es sich dabei nicht um eine locale Anordnung handle, sondern die am 17. März zu haltenden Ansprachen und zu singenden Lieder-Verse für die ganze preussische Monarchie gleichmäßig durch höhere Anordnung vorgeschrieben waren.

Berlin, 24. März. Die „Tribüne“ schreibt: Das hiesige Stadtgericht hatte, wie wir seiner Zeit gemeldet haben, in einem humoristischen Artikel unserer Zeitung eine Verletzung der Ehrfurcht gegen den König gefunden und unsern Redakteur Paul Häbner deshalb zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt. Gegen dieses Erkenntnis hatte derselbe Appellation eingelegt; gestern Vormittag stand vor dem Criminalsenat des Kammergerichts in dieser Sache Termin unter Ausschluss der Öffentlichkeit an. Unsere Hoffnung, daß jene hohe Strafe eine Ren-

derung erfahren würde, ist leider nicht in Erfüllung gegangen; das Kammergericht hat das Erkenntnis erster Instanz lediglich bestätigt; es bleibt uns für jetzt also nur noch die Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde übrig.

[Sech. Pressprozeß.] Der gestrige Vormittag war seitens des Gerichts wieder einmal der Verhandlung von Pressprozeßen gewidmet. Als erster Angeklagter erschien der Redacteur der hier erscheinenden „Börse-Zeitung“ Wilhelm Oskar Bollmer. Die Nr. 43 der genannten Zeitung enthielt einen Artikel, in welchem die Aeußerungen des Ministerpräsidenten von Bismarck in der Adreß-Commission besprochen wurden und in der es hieß, die Welt würde freilich staunen, wenn sie erfährt, daß einer Deputation des Hauses der Abgeordneten, welche in Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechts eine Audienz beim Könige nachsucht, diese Audienz verweigert werde, sie werde sich dabei der von Olfers'schen Schmähungen der Abgeordneten als „aufgebrungene Mehrheitsgeschöpfe“ erinnern und fragen, ob solches etwa innerhalb der Grenze dessen liege, was nach Herrn v. Bismarck ein König von Preußen hören könne. Das Urtheil der Geschichte wird sich dahin zusammenfassen: „Und es war über das Land abermals eine Zeit gekommen, wo das Unrecht jede Scham verlor.“

In der Nr. 45 der „Börse-Ztg.“ hieß es: „Aus der bona fides, die das Alpha und Omega der v. d. Seydt'schen Regierung bildete, sei die mala fides geworden; das sei keine Behauptung der Opposition, das werde vom Ministerische aus vollkommen erkannt.“

In Bezug auf den Artikel hat der Staats-Anwalt angenommen, daß dem Staatsministerium der Vorwurf des Unrechts und der Schamlosigkeit gemacht und dasselbe damit in Bezug auf seinen Verus schwer beleidigt sei, in dem zweiten Artikel soll nach Auffassung der Staats-Anwaltschaft dem Staats-Ministerium bei der diesjährigen Budgetvorlage böser Glaube imputirt und noch hinzugefügt worden sein, daß es sich mit demselben gewissermaßen brühe.

Der Redacteur Bollmer will nicht Verfasser der fraglichen Artikel sein, auch vor ihrer Veröffentlichung nicht davon Kenntniß genommen haben; er war daher auf Grund des § 37 des Preßgesetzes angeklagt. Der Staats-Anwalt Goltz nahm mit Bezug hierauf Gelegenheit, anzuwenden, daß der Angeklagte einer von den Redactoren sei, welche niemals von den incriminirten Artikeln vorher Kenntniß haben und sich stets hinter den § 37 des Preßgesetzes flüchten; er beantragte mit Rücksicht hierauf, ein höheres Strafmaß und zwar 100 Thaler Geldbuße ev. 2 Monate Gefängnis. Der Angeklagte wies den seitens der Staats-Anwaltschaft ihm gemachten Vorwurf in Bezug auf die Redaction zurück und bestritt ihm überhaupt das Recht zu verurtheilen verlegenden Aeußerungen.

Der Gerichtshof sprach in Bezug auf beide Artikel das Nichtschuldig aus; in den Gründen führte der Vorsitzende, Stadtgerichts-Rath Pichlen, aus, der Artikel in Nr. 43 der „Börse-Zeitung“ sei ohne Zusammenhang mit den Aeußerungen des Herrn v. Bismarck bei der Adreß-Debatte. Der incriminirte Satz spreche ein Urtheil aus, welches die Geschichte aufstellen werde und keineswegs ein Urtheil, das sich auf den Ministerpräsidenten beziehe. Ebenso sei in Bezug auf Nr. 45 die Auslegung der bona und mala fides seitens der Staats-Anwaltschaft nicht zutreffend. Es sei damit nur gesagt, der gute Glaube des Ministeriums v. d. Seydt sei, man werde das Militärbudget bewilligen; dieser gute Glaube sei jetzt geworden; das hiesige Ministerium wisse, daß dies nicht mehr geschehen wird. In diesen Auslassungen könne aber keine Beleidigung des Staats-Ministeriums mit Bezug auf seinen Verus gefunden werden.

Die folgende Anklage war gegen den Redacteur der „Berl. Mag. Ztg.“, Dr. Julian Schmidt, gerichtet. Ein Correspondenz-Artikel aus Magdeburg in Nr. 5 der genannten Zeitung besprach die Budget-Frage; es heißt darin, die Verfassung sei durch die Minister unterwühlt worden. Nach der Auffassung des Staats-Anwalts ist damit den Ministern der Vorwurf einer absichtlichen Verletzung der Verfassung gemacht. Der Angeklagte bestritt dies und behauptete, daß in dem Unterwühlen nur eine von dem Minister unabhängige Folge ihrer Handlungen liege. Der Staatsanwalt trug unter Annahme mildernder Umstände auf 50 Thlr. Geldbuße an. Der Verteidiger Justiz-Rath Ufert beantragte das Nichtschuldig; es sei von der Volksvertretung selbst ausgesprochen worden, daß die Verfassung verletzt sei; ähnliches sei in dem incriminirten Artikel ausgesprochen; derselbe enthalte jedoch keinen Verstoß gegen das Strafgesetzbuch; man könne höchstens den Ausdruck als nicht passend gewählt bezeichnen. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei, indem er annahm, daß aus dem Artikel keine Beleidigung der Minister zu entnehmen sei; in dem Ausdruck, daß dieselben die Verfassung unterwühlen, sei ein solcher nicht zu finden. Der Bergmann unterwühle einen Berg, daß derselbe einstürze, sei nicht seine Absicht; gehebe dies, so wäre dies zwar seine Schuld, aber ein directer Vorwurf ihm nicht daraus zu machen. Ebenso würde man in dem incriminirten Artikel nur dann eine Beleidigung der Minister sehen können, wenn von ihnen gesagt wäre, daß sie absichtlich, daß sie dolose die Verfassung verletzten.

In einem Artikel der Nr. 14 der Berliner „Reform“ vom 17. Jan. d. J. hieß es: Ein Ministerium, das sich über die deutlichen Bestimmungen der Verfassung hinwegsetze, um die ganze Bedeutung derselben durch das ganze Volk in Frage zu stellen, kann sich, so lange es auf diesem Standpunkte beharrt, nicht mit einer Volksvertretung verständigen, welche Genußnahme für die begangene Verfassungsverletzung verlangt. — In diesem Artikel fand die Staats-Anwaltschaft eine verleumdende Beleidigung des Staats-Ministeriums, dem darin der Vorwurf der Verfassungsverletzung gemacht worden sei. Der Redacteur der Berliner „Reform“, Dr. G. Weyen, hatte sich als Verfasser des Artikels bekannt, bestritt, daß der Artikel etwas Strafbares enthalte, und wies darauf hin, daß das jetzt eingeführte Verfolgungssystem, wenn es darauf berechnet sei, die liberalen Schriftsteller zum Schweigen zu bringen, sein Ziel nicht erreichen würde. Der Staatsanwalt Goltz sagte in seinem Plaidoyer, daß in dem fraglichen Artikel dem Ministerium der directe Vorwurf der Verfassungsverletzung gemacht worden sei. Wenn in dem vorliegenden Pressprozeß eine Freisprechung erfolgt sei, so glaube er, daß im vorliegenden Falle seitens des Gerichts das Schuldig werde ausgesprochen werden. — Diese Meinung sollte jedoch den Herrn Staatsanwalt Goltz wiederum täuschen; das Gericht erkannte auf Nichtschuldig, indem es in dem Artikel keine verleumdende Beleidigung sah. Wie in den Gründen ausgesprochen wurde, ist nirgends von einer Thatsache die Rede, sondern nur ein Urtheil ausgesprochen. Der Artikel enthält eine vom Standpunkte des Verfassers ausgehende Kritik, die nicht als ein Angriff auf die Ehre der Minister angesehen werden kann.

Außer diesen drei Pressprozeßen wurden noch drei andere Anklagen verhandelt, welche auf Verletzung der Ehrfurcht gegen des Königs Majestät lauteten und während welcher deshalb die Öffentlichkeit ausgeschlossen war. Zwei Anklagen betrafen einzelne Nummern auswärtiger Blätter, der „Hamburger Reform“ und der in der Schweiz erscheinenden Zeitung „der Bund“. In diesen beiden Fällen wurde auf Verurtheilung erkannt. Das Januarheft der hier erscheinenden Monatschrift „Deutsche Jahrbücher“ sollte gleichfalls einen Artikel enthalten, der die Ehrfurcht gegen den König verletzte; der Redacteur der „Deutschen Jahrbücher“ Dr. jur. Heinrich Bernhard Dyppeheim war auf Grund des § 37 des Preßgesetzes angeklagt, wurde jedoch freigesprochen, weil in dem fraglichen Artikel die Ehrfurchtsverletzung nicht gefunden wurde.

Bonn, 22. März. [Denunciation.] Erst jetzt ist eine Denunciation bekannt geworden, deren Opfer vor mehreren Wochen ein hiesiger Landwehr-Lieutenant geworden ist. Derselbe hatte in einem Gespräch, an dem ein anderer hiesiger Landwehr-Lieutenant und ein Premier-Lieutenant aus Köln theilnahmen, Aeußerungen über das Heerwesen gethan, die allerdings mit den heutzutage in unserer Armee herrschenden Ansichten nicht ganz harmonirten. Die beiden Herren wußten ihre locale Gesinnung nicht besser zu verhehlen, als durch die Denunciation, in Folge deren eine ehrengerichtliche Untersuchung eingeleitet ist. Die Entrüstung über die beiden Angehörigen ist allgemein und um so größer, da das Gespräch in der geschlossenen Kaserne und Erholungs-Gesellschaft stattgefunden hat, in der der kühne Lieutenant, der eigent-

